

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, 66. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein und kommen zu:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011

Drucksache 14/4601

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zunächst Herrn Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wer Schulden hat, der ist nicht frei.“ Dieser Satz stammt vom vormaligen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson. Mitte der 90er-Jahre hat er damit die Notwendigkeit einer strikten Haushaltskonsolidierung auf den Punkt gebracht. Anhand

dieser griffigen Formel wird klar, weshalb wir vom Schuldenstaat wegkommen müssen.

Besonders bemerkenswert finde ich an der klaren Botschaft Perssons allerdings, dass sie von einem eingefleischten Sozialdemokraten und Premierminister stammt, der das Land regiert hat, das in Europa als Sozial- und Wohlfahrtsstaat par excellence gilt.

Während sich aber die Schweden aus eigener Kraft fleißig und erfolgreich darum bemüht haben, von den Fesseln der Verschuldung freizukommen und den Staatshaushalt zu konsolidieren, stieg die Verschuldung unseres Landes gerade in diesem Zeitraum dramatisch an.

Die summierte Nettoneuverschuldung der Jahre 1995 bis 2005 beläuft sich auf 49,6 Milliarden €. Beim Regierungswechsel vor zwei Jahren haben wir einen Gesamtschuldenberg von 112 Milliarden € übernommen. Über 44 % des Schuldenbergs haben damit Sie, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu verantworten. Sie stammen aus den letzten zehn Jahren Ihrer Amtszeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Schweden haben in den 90er-Jahren die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben zur rechten Zeit festgestellt, dass die über viele Jahre in den meisten Ländern Europas praktizierte Haushalts- und Finanzpolitik nicht halten konnte, was sie versprochen hat, nämlich Stabilität und Wachstum zu fördern. Göran Persson hat durch seine Entschlossenheit eindrucksvoll auch den früheren Ministerpräsidenten unseres Landes widerlegt und gezeigt: Wer will, der kann!

(Michael Groschek [SPD]: Das gilt auch für die Bildungspolitik!)

Während in der jungen Bundesrepublik der 50er- und 60er-Jahre die Politik der Verschuldung noch keine Rolle gespielt hat, ist die öffentliche Hand in den 70er-Jahren massiv in die Schuldenpolitik eingestiegen. Der Staat hat auf Pump konsumiert. Er war getrieben vom Glauben an die stabilisierende Wirkung des Schuldenmachens in Zeiten des Abschwungs. Einen Privatmann, der in schlechten Zeiten kreditfinanziert einen Ferrari kauft und glaubt, dass sich dadurch seine Situation verbessert, hielte jeder zu Recht für unseriös. Der Staat aber hat sich über viele Jahre hinweg genau so verhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Als falsch verstandene Grundlage der Schuldenpolitik diene das keynesianische Konzept einer